

TAGUNGEN

Zur Frage der Wiedervereinigung

Am 20. Februar 1960 sprach Dr. *Hans Boulboulle* von der Arbeitsgemeinschaft *Arbeit und Leben* beim DGB-Ortsausschuß Köln im Rahmen eines Tagesseminars zu dem Thema „Die Teilung Deutschlands und die Frage seiner Wiedervereinigung“.)

Dr. Boulboulle begann seine Ausführungen mit einer kurzen Betrachtung über das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Ein Volk, das über einen langen Zeitraum hinweg durch gemeinsame Sprache, gemeinsames Schicksal und gemeinsame Tradition verbunden war, sollte nicht ohne seine Zustimmung getrennt werden. Daraus folgt, daß das deutsche Volk über die Tatsache seiner Spaltung oder seiner Wiedervereinigung selbst entscheiden muß. Allerdings besteht die Gefahr, daß bei einer lang andauernden Spaltung die Gemeinsamkeit von Schicksal und Tradition in Vergessenheit gerät und dadurch das Interesse an einer Wiedervereinigung verwässert. Weiter besteht die Gefahr - insbesondere in wirtschaftlichen Notzeiten - daß demagogische Elemente die Tatsache der Spaltung ausnutzen, um die Massen emotional aufzuputchen und für ihre Zwecke (beispielsweise nationalistische) mißbrauchen. Um solchen Erscheinungen wirksam entgegenzutreten zu können, ist es unbedingt erforderlich, daß jeder einzelne sich mit diesen Problemen auseinander gesetzt hat.

Für die Bundesrepublik besteht die moralische Verpflichtung zur Wiedervereinigung, denn die Bevölkerung in Mitteldeutschland hat die Hauptlast des verlorenen Krieges getragen.

Als im Westen mit amerikanischer Hilfe bereits der Wiederaufbau begann, lief in Mitteldeutschland noch die Demontage auf vollen Touren, um den Reparationsforderungen der UdSSR nachzukommen. Aus diesem Grunde ist es moralisch und menschlich erforderlich, daß hier ein Ausgleich geschaffen wird. Andererseits fürchten einflußreiche Kreise in der Bundesrepublik, es könnte die bei uns schon eingeschlafene Diskussion über die Wirtschaftsordnung wieder aufleben.

Rückblickend ist zu beachten: Rußland hatte unter dem Krieg am stärksten gelitten — eine Tatsache, die bei uns allzugen vergessen wird — und brauchte daher Material für seinen Wiederaufbau. Deshalb wäre Rußland 1947 bereit gewesen, auf die Stalinisierung der Zone zu verzichten, wenn es Reparationen von der Ruhr bekommen hätte. Damals wurden freie Wahlen und Selbstbestimmung angeboten. Die USA lehnten ab, weil sie Deutschland mit ihrem Kapital einen neuen Start ermöglichen wollten, und weil das Geld des amerikanischen Steuerzahlers nicht auf dem Weg über Deutschland in die UdSSR fließen sollte. England hielt freie Wahlen zu diesem Zeitpunkt für völlig unmöglich, weil man damit das Schicksal Europas in die Hände des Volkes legen würde, das unter Hitler diesen Krieg begonnen hatte. — Als dann die UdSSR einen amerikanischen Gürtel um ihr Gebiet fürchtete, bot sie die Freiheit für Gesamtdeutschland an, unter der Bedingung, daß dieses Gesamtdeutschland keinem westlichen Bündnis beitrete. Der Westen dagegen wünschte die Deutschen in diesem Punkte selbst entscheiden zu lassen.

Danach ging die militärische Entwicklung in Rußland mit großen Schritten vorwärts; nach der A- und der H-Bombe besitzt die

1) Wir erinnern daran, daß das Januarheft 1960 der GM dem gleichen Thema gewidmet war.

UdSSR heute eine Fernrakete mit großer Treffsicherheit. Damit ist für die UdSSR die Bundesrepublik militärisch uninteressant geworden, sie ist nicht mehr lebensbedrohend. Aus diesem Grunde ist auf russischer Seite auch nur noch die Rede von einer Konföderation, in der sich die Deutschen selbst einigen müssen.

Die einzige Wandlung, die die Stellung des Westens in der Frage der Wiedervereinigung erfahren hat, ist, daß die Forderung nach freien Wahlen nicht mehr an erster Stelle steht. Man verlangt allerdings immer noch die freie Entscheidungsmöglichkeit über die Bündniszugehörigkeit für eine gesamtdeutsche Regierung.

Die beiden Teile haben sich mittlerweile stark auseinanderentwickelt. Die „DDR“ kann im Gegensatz zu uns erst seit 1954 über ihre Wirtschaftskraft verfügen; bis dahin wurden ständig Reparationen an Rußland geleistet. Sie hatte kein Fremdkapital zum Wiederaufbau, und sie besitzt bedeutend weniger Rohstoffe als die Bundesrepublik. Allerdings werden weitreichende Pläne in der „DDR“ mit der Zeit wohl auch einen wirtschaftlichen Aufschwung bringen und zu einer Angleichung des Lebensstandards führen.

Besonders kraß ist der Unterschied im gewerkschaftlichen Sektor. Der FDGB bekennt sich zur SED und anerkennt ihre Führung. Die SED ist die staatstragende Partei; alle Beschlüsse werden in ihrem ZK gefaßt, bevor sie zur Volkskammer und zur Länderkammer kommen und dort angenommen werden. Die Produktionsmittel sind zu 80 vH in allen wichtigen Zweigen der Industrie verstaatlicht, sie befinden sich also unter Kontrolle der SED. Der FDGB wird also beispielsweise niemals streiken, denn er erkennt ja mit der Führung der SED auch ihre Wirtschaftspolitik an. Der FDGB vertritt also nicht die Interessen seiner Mitglieder sondern die der SED. Begründet wird diese Haltung damit, daß angeblich das Volk Eigentümer der Produktionsmittel ist und deshalb gegen seine eigenen Interessen verstoßen würde, wenn es sich (beispielsweise durch einen Streik) gegen die Politik der SED wenden würde. Ein Gegenbeispiel ist die verstaatlichte Kohlenindustrie in England. Hier ist die Gewerkschaft die Vertreterin der Arbeitnehmerschaft gegenüber dem Staat.

In der „DDR“ steht die Zusammensetzung der Volkskammer schon vor der Wahl fest, denn es gibt nur eine Liste, und es kann nur die Personengruppe gewählt werden, die in dieser Liste aufgeführt ist. Natürlich wird die Liste von der SED — in „Zusammenarbeit mit den übrigen Parteien“ — aufgestellt. Dagegen war z. B. *Rosa Luxemburg* der Ansicht, daß es innerhalb eines Systems verschiedene echte Parteien geben muß; denn es gibt verschiedene Meinungen und diese müssen vertreten werden können. Die Vorentscheidung

durch die SED ist also undemokratisch, da die Bevölkerung nicht die Möglichkeit der freien Entscheidung hat.

Die beiden Wirtschaftssysteme sind grundverschieden; in der „DDR“ herrscht die absolute Planwirtschaft, während es in der Bundesrepublik nur auf manchen Gebieten Planungen, Subventionen u. ä. gibt. Beide Wirtschaftskörper sind in Wirtschaftsblöcke eingegliedert. Diese Bindungen, die laufend gefestigt werden (der Gemeinsame Markt läuft über 50 Jahre, in der „DDR“ soll die chemische Großindustrie für den gesamten Ostblock konzentriert werden), lassen die Aussichten auf eine Wiedervereinigung immer geringer erscheinen.

Scharf zeichnen sich auch die Gegensätze in der Frage der Oder-Neiße-Linie ab. Während die „DDR“ in einem von der UdSSR garantierten Vertrag mit Polen die „Friedensgrenze“ anerkennt, lehnt die Bundesregierung jede Diskussion ab und will die Regelung dieser Frage einem Friedensvertrag überlassen, der aber nur mit einem Gesamtdeutschland abgeschlossen werden könne.

Solange die militärischen Spannungen bestehen bleiben, wird es keine Wiedervereinigung geben; ein neutralisiertes Deutschland würde zwar für die UdSSR nur ein kleines, für den Westen aber ein großes Opfer bedeuten. Außerdem fragt es sich, ob Rußland die ideologische Niederlage in Kauf nehmen würde, da Wiedervereinigung den Anschluß der „DDR“ an die Bundesrepublik bedeuten könnte. Dazu kommt, daß auch bei den Westmächten das alte Mißtrauen gegen Deutschland noch nicht eingeschlafen ist; dies ist immer wieder festzustellen, und wir sollten uns darüber keinen Illusionen hingeben.

Die Klärung der folgenden fünf Punkte — damit schloß der Referent seine Ausführungen ab — ist, und auch das nur bei vollkommener militärischer Entspannung, Voraussetzung für eine Wiedervereinigung:

1. Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik müßten geändert werden, damit der Partner UdSSR keinen allzu großen Prestigeverlust erleidet.
2. Die „DDR“ müßte sowohl in ihrem politischen System als auch in ihrer Wirtschaftspolitik demokratisiert werden.
3. Bei der militärischen Entspannung müßte die Bundesrepublik einen Beitrag leisten; sie dürfte nicht Motor zur Aufrüstung sein.
4. In der Frage der Oder-Neiße-Linie müssen die menschlichen Probleme berücksichtigt werden.
5. Die verschiedenen Bündniszugehörigkeiten müßten nicht nur überprüft, sondern völlig neu geregelt werden.

Walter Paus